

schuldig zu erklären, die diese Tat nicht begingen, mit ihr nichts zu tun hatten und von ihr nichts wußten. Es bestand und besteht keine Kollektivschuld des „jüdischen Volks“ am Kreuzigungstode.

Friedrich Oppler

### Ein Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems

Velleicht darf man als eine der bedeutendsten, wenn nicht als die bedeutendste soziale Tat der Kirche in Deutschland seit Ende des Kriegs ihr aktives Eingreifen in das Wohnraumproblem bezeichnen. Nicht nur weil in jeder deutschen Diözese eigene kirchliche Siedlungsgenossenschaften oder sonstige Wohnbauwerke entstanden sind; nicht nur weil durch diese kirchlichen Bemühungen Tausende von Wohnungen tatsächlich geschaffen wurden; sondern vor allem weil sich aus der ganz praktischen, konkreten Wohnbau-tätigkeit so etwas wie eine christliche Sicht vom richtigen, menschengerechten Wohnen und Bauen entwickelt hat. Besonders im sogenannten „Altenberger Programm“ hat diese Auffassung einen konkreten Niederschlag gefunden. Von hier aus ist es gelungen, diese Auffassung wenigstens weitgehend in die Gesetzgebung hineinzutragen, so daß in dieser Zeit großangelegten Wiederaufbaues wenigstens etwas, ja sogar fühlbar viel von dieser christlichen Auffassung vom rechten Heime in unser Bauen hineingeströmt ist. — Das war bekanntlich nicht immer so. In der Vergangenheit, namentlich nach dem ersten Weltkrieg war der Wohnungsbau beinahe zu einem Monopol einer ganz anderen, der marxistisch-kollektivistischen Weltanschauung geworden. Die ungeheuren Mietskasernen jener Zeit legen davon Zeugnis ab. Eine besondere Freude war es, feststellen zu können, daß in diesen Fragen des richtigen Bauens die evangelische Seite mit der katholischen durchaus einig war, so daß unsere Forderungen vielfach gemeinschaftlich vorgetragen werden konnten.

Nun war schon wiederholt auf den Tagungen der kirchlichen Siedlungs-werke gesagt worden, eigentlich müßte man doch einen Schritt weitergehen. Was nützt das schönste Siedlungshäuschen, wenn es der Siedler nicht bezahlen kann, weil er keinen Arbeitsplatz hat? Eigentlich müßte man Wohnung und Arbeitsplatz zusammen planen und zusammen verwirklichen.

Besondere Bedeutung gewann dieser Gedanke angesichts des Flüchtlingsproblems. Gerade den Heimatvertriebenen gilt es, ein wahres Heim, ein eigenes Stückchen Grund und Boden, aber dazu auch die Arbeitsmöglichkeit, und zwar eine möglichst gesicherte Arbeitsmöglichkeit zu bieten und ihnen so, soweit das menschenmöglich ist, zu einem neuen Heimatgefühl, einer inneren Zufriedenheit, einer neuen Verwurzelung zu verhelfen.

Das Flüchtlingsproblem ist nicht katholisch und nicht evangelisch. Es geht beide Kirchen in gleicher Weise an. So haben sich Kreise beider Konfessionen zu einer praktischen sozialen Arbeit zusammengeschlossen in der „Internationalen Gesellschaft für Christlichen Aufbau gemeinnützige G.m.b.H.“

Das Ziel dieser Gesellschaft ist die Schaffung neuer Kleinstädte, neuer industriegebälder Siedlungen. Man hält es nicht für richtig, das Flüchtlingsproblem durch eine weitere Aufblähung unserer Großstädte lösen zu wollen. Das wäre weder für unsere Städte gut noch für die Gesamtstruktur des Volkes, die eine möglichst wohl ausgeglichene Verteilung aufweisen sollte, nicht Ballungen; vor allem aber nicht für die Heimatvertriebenen selbst, die damit in den Großstädten untergehen und weitgehend verproletarisiert würden, wie es ja leider vielfach schon geschehen ist. Man hält es darum für richtiger, neue Kristallisierungspunkte zu entwickeln, sei es ganz neu — etwa auf ehemaligen „Munas“ (Munitionsanstalten), die den Vorteil bieten, daß hier bedeutende Werte in Form von Straßen, Kanalisation und vorhandenen

Bauten bereits gegeben sind, — sei es durch Entwicklung wirtschaftlich günstig gelegener Dörfer und Ortschaften.

Die Gesellschaft selbst — deren Entstehung auf die Initiative eines kleinen privaten Kreises, bestehend aus qualifizierten Wirtschaftlern und kirchlichen Persönlichkeiten beider Konfessionen zurückgeht — hat vier Gesellschafter. Der erste ist die Bundesregierung, repräsentiert durch die Lastenausgleichsbank in Bad Godesberg. Der zweite ist die Westdeutsche Wirtschaft, vertreten durch ein „Treugeberkonsortium“, in dem die Herren der Spaltenverbände der westdeutschen Wirtschaft sind und der Industriekreditbank Düsseldorf als deren „Treuhanderin“. Der dritte Gesellschafter ist die „Vertretung Heimatvertriebener Wirtschaft“, Bonn, eine Art Nachfolgeorganisation der ehemaligen ostdeutschen Industrie- und Handelskammern. Der vierte ist der „Freundeskreis“. In diesem Freundeskreis, bzw. in seinem Fördererbeirat sind angesehene Persönlichkeiten der beiden Kirchen. Auf diese Weise ist die Gesellschaft zwar keine kirchliche Organisation — dazu reichen ihre Aufgaben zu sehr ins Wirtschaftliche hinein —, ist aber doch von führenden Männern beider Kirchen mitgetragen.

Zur Zeit sind auf zwei ehemaligen Munas in der Nähe von Bad Kissingen und in der Nähe von Celle die Planungen im Gange, beziehungsweise bereits abgeschlossen. Weitere sind in Vorbereitung. In beiden Fällen wurden die Planungen von erstklassigen Städteplanern nach neuzeitlichen Gesichtspunkten durchgeführt. Hier sollen also zunächst zwei neue Städte in Größenordnungen von 7—10000 Einwohnern entstehen. Es soll sich dabei nicht um reine Flüchtlingsstädte handeln, — eine solche Absonderung wird aus vielen Gründen abgelehnt —, sondern um Städte, wo „heimatlose Menschen“ eine neue Existenz finden sollen. Es wird sich aber wohl ganz von selbst ergeben, daß das in der Mehrzahl Heimatvertriebene sein werden. Das wirtschaft-

liche Rückgrat dieser neuen Städte sollen die dort anzusetzenden Industrien sein. Es handelt sich dabei teils um ostzionale Unternehmer, die drüben enteignet wurden; teils um Flüchtlingsbetriebe, die heute falsch gelagert sind — wie viele mußten da beginnen, wo sich zufällig gerade eine Gelegenheit bot — und die sich darum jetzt verlagern müssen; teils aber auch um westdeutsche Firmen, die dort Filialbetriebe aufmachen und so neue Verdienstmöglichkeiten bieten sollen. Dabei wird an eine gesunde Mischung gedacht, sowohl was die Betriebsgrößen als was die Art der Produktion angeht. Um die anzusetzenden Flüchtlingsbetriebe zu stärken, hat es sich die Gesellschaft zur besonderen Aufgabe gemacht, für jede von ihnen eine angesehene westdeutsche Firma zu finden, die eine „Patenschaft“ für den Flüchtlingsbetrieb übernimmt und ihn dadurch auf vielerlei Weise bei seinem Aufbau unterstützt. Die Gesellschaft hofft, nach langwierigen und mühseligen Vorarbeiten mit Beginn der Bauaison dieses Jahres die beiden ersten Bauabschnitte an den genannten Standorten in Angriff nehmen zu können.

Im Wohnungsbau soll ganz vorwiegend das Eigenheim gepflegt werden. Mietwohnungen sollen nur verschwindend wenige, etwa für Ledige gebaut werden.

Konfessionell will die Gesellschaft die jeweilige konfessionelle Struktur der Gegend wahren, also in vorwiegend katholischen Gegenden vorwiegend katholisch, in vorwiegend evangelischen vorwiegend evangelisch siedeln.

„International“ hat sich die Gesellschaft aus zwei Gründen genannt. Erstens, weil sie grundsätzlich die Hilfe des Auslandes in Anspruch nehmen will. Nicht in erster Linie die caritative, sondern die wirtschaftliche, — also, sobald die allgemeinen Umstände es erlauben, eine internationale Anleihe. Der Europarat hat sich für die Tätigkeit der Gesellschaft bereits lebhaft interessiert und im November vorigen Jahres eine

Sonderkommission nach Heidelberg — dem Sitz der Gesellschaft — geschickt, um sich des näheren über dieses Vorhaben zu orientieren, und ihm womöglich die „Recommandation“ des Europarates zu erteilen. Zweitens nennt die Gesellschaft sich international, weil sie grundsätzlich — in der Zukunft — auch über die Grenzen Deutschlands zur Verfügung stehen will, wo immer ähnliche Aufgaben zu lösen wären. Flüchtlingsprobleme gibt es heute ja leider nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern der Welt.

„Für Christlichen Aufbau“ aber nennt sie sich, weil man solchen neuen Gemeinden zweifellos ein solches oder solches Gesicht geben kann. Die Gesellschaft will bewußt christliche Gemeinden schaffen. Zumindest will sie dafür die notwendigen Voraussetzungen bieten. Das Gotteshaus muß an erster Stelle stehen. Pfarrhaus, Kindergarten, Schwesternhaus oder Diakonissenheim sollen mitgeplant und mitgebaut werden. Die Siedlerauswahl soll zwar sicher nicht engherzig erfolgen, aber es sollen zumindest auch ganz bewußte und aktive Christen mitangesetzt werden, die von Anfang an das Antlitz der neu entstehenden Gemeinde prägen.

So ist hier ein Werk im Gang, dessen Zielsetzung sich weitgehend mit dem deckt, was auch anderweitig heute als das Richtige erkannt wird.<sup>1</sup> Seine Ver-

<sup>1</sup> Vgl. in dieser Zeitschrift dieses Heft S. 355 den Bericht über den großangelegten Versuch Englands, durch den Bau neuer Städte eine Neugruppierung seiner Bevölkerung zu erzielen.

Vgl. ferner die Schrift „Industrie aufs Land“, herausgegeben vom Bundesministerium für Wohnungsbau.

Auch führende Wirtschaftslehrer äußern sich in dem gleichen Sinn. So schreibt z. B. *Wilhelm Röpke* in „Civitas Humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform“, Erlenbach-Zürich, 1949, S. 275/76: „Weg von der Zentralisation in jeder Beziehung, von den Zusammenballungen . . ., hin zur Dezentralisation im weitesten und umfassendsten Wortsinne . . . zur Auflösung der Großstädte und Industriereviere und zu einer soziologisch richtigen Landesplanung, die eine Dezentralisation der Siedlungen und der Produktion zum Ziele hat.“

wirklichkeit könnte einen wertvollen Beitrag zu einer echten Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems darstellen.

P. Felix zu Löwenstein S.J.

### Zur Reform des Theologiestudiums in der evangelischen Kirche Deutschlands

Seit einigen Jahren ist innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands eine lebhafte Diskussion um die Reform des Theologiestudiums im Gange, zu der von seiten der Studenten<sup>1</sup> wie der Theologischen Fakultäten Vorschläge und Gutachten ausgearbeitet worden sind. Von besonderer Bedeutung ist darunter das im Jahre 1952 veröffentlichte Gutachten von Prof. D. W. Hahn (Heidelberg) und Dozent Dr. H.-H. Wolf (Bethel), hinter dem die badische Landesynode steht.<sup>2</sup> Dieses Gutachten wurde vom Rat der EKiD an die evangelisch-theologischen Fakultäten zur Stellungnahme versandt. Nachdem im Frühjahr 1953 die Berliner Fakultät ihren Standpunkt veröffentlicht hatte,<sup>3</sup> liegt nunmehr auch ein ausführliches Urteil der Martin-Luther-Universität Wittenberg-Halle vor.<sup>4</sup> Dieses Gutachten berücksichtigt außer den beiden vorher genannten Dokumenten noch die Ergebnisse einer Konferenz, die im Januar 1953 in Brackwede abgehalten worden war. Die Dinge, um die es hier geht, sind weit über den Bereich der evangelischen Theologie und Kirche von Bedeutung. So scheint es uns geraten, unsere Leser mit einigen der hier diskutierten Punkte bekannt zu machen.

<sup>1</sup> H. E. Tödt, Studentisches Votum zur Frage der Reform des Theologiestudiums. (ZtTheolKirche [1953] S. 99 ff.)

<sup>2</sup> Abgedruckt in der Monatsschrift für Pastoraltheologie zur Vertiefung des gesamten pfarramtlichen Wirkens 41 (1952) S. 129 bis 144; vgl. TheolLitZt 78 (1953) S. 183.

<sup>3</sup> TheolLitZt 78 (1953) S. 183—188.

<sup>4</sup> TheolLitZt 78 (1953) S. 561—576.